

In eigener Sache: zur Situation des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin

Osteuropa spielt für die deutsche und europäische Zukunft eine zentrale Rolle. Das Jahr 2004 markiert mit der Osterweiterung der Europäischen Union einen Meilenstein. Nun gewinnt die Gestaltung der Beziehungen der erweiterten EU zu den neuen, unmittelbaren Nachbarn in Osteuropa, insbesondere zu Russland und zur Ukraine, an Gewicht.

Für Deutschland und seine Hauptstadt Berlin stellen die anstehenden Aufgaben eine besondere Herausforderung dar. Die Freie Universität Berlin hatte daraus den richtigen Schluss gezogen, das Osteuropa-Institut wieder in die Lage zu versetzen, die Ausbildung der erforderlichen Fachleute und die wissenschaftlichen Begleitung und Beratung der Prozesse mit Erfolg leisten zu können. In der Tat sind die Voraussetzungen dafür nirgends besser gegeben als am Standort Berlin.

Nun wird das Institut plötzlich von Einschnitten bedroht, die seine Funktionsfähigkeit ernsthaft in Frage stellen. Die kurz vor der Besetzung stehende Rechtsprofessur soll völlig entfallen. Eine solche Entwicklung können wir nicht widerspruchlos hinnehmen. Die nachfolgende Erklärung des Institutsrats und die Ausschnitte aus Briefen an den Präsidenten der Freien Universität verweisen auf die politische Tragweite der geplanten Streichung der Rechtsprofessur.

Wir bitten die Öffentlichkeit dringlichst, unseren Protest aktiv zu unterstützen.

Brief von Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth an den Präsidenten der FU Berlin, Herrn Univ.-Prof. Dr. Dieter Lenzen

Sehr geehrter Herr Professor Lenzen,

nachdem die drohende Schließung des Osteuropa-Instituts (OEI) der Freien Universität Berlin abgewendet schien, höre ich nun erneut, dass wichtige Stellen für die Aufrechterhaltung der Arbeit des OEI gefährdet seien.

Nach meinen Informationen soll etwa die nach dem Ausscheiden von Prof. Roggemann noch nicht wiederbesetzte Rechtsprofessur gestrichen werden. Außerdem sei fraglich, ob nach der Emeritierung von Herrn Prof. Sundhaussen die einzige Professur für die Geschichte Südosteuropas wieder besetzt werden wird. Die dritte Stelle, die offenbar aus dem OEI ausgelagert werden soll, ist die Professur Slawische Literaturen und Allgemeine Vergleichende Literaturwissenschaften.

Seit zwei Jahren erhält die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde immer wieder alarmierende Mitteilungen über finanzielle Kürzungen oder Stellenstreichungen, ja sogar über drohende Schließungen ganzer Institute. Es gibt in Deutschland mit wenigen Ausnahmen kaum noch Osteuropazentren, an denen länder- und fächerübergreifende Forschung und Lehre möglich ist. Eines dieser wenigen Zentren ist das Osteuropa-Institut. Das OEI hat in den letzten Jahren erhebliche Konsolidierungsanstrengungen unternommen. Dazu gehören die Einführung eines Masterstudienganges „Osteuropastudien“ sowie des Fernstudienganges „East European Studies Online“, die mit erheblichen Kraftanstrengungen des Instituts verbunden waren. Hinzu kommt, dass

Studierende nach der auf Empfehlung der Neidhardt-Kommission zustand gekommenen Entscheidung des Präsidenten der FU, das OEI zu erhalten, das Studium aufgenommen haben, in der Annahme, in Berlin mit einem umfassenden Angebot studieren zu können. Als Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde sehe ich die erneute Diskussion um das OEI mit großer Sorge, da dadurch der Bestand des Instituts mittelfristig gefährdet ist. Das Scheitern des Gipfels in Brüssel hat gezeigt, dass wir eine intensive Begleitung der Integration der Mittel- und Osteuropäischen Staaten in die Europäische Union brauchen. Ferner müssen wir uns mit den nationalen, ethnischen und sozialen Konflikten auseinandersetzen, die mit dem Ende der Blockkonfrontation in Osteuropa aufgebrochen sind, um nur einige Themen auf Aufgaben der Osteuropaforschung zu nennen.

Aus diesem Grund möchte ich Sie dringend ersuchen, das Osteuropa-Institut zu stabilisieren und es als zentrale Einrichtung der Osteuropaexpertise und -forschung zu erhalten. Kurzfristige Einsparungen ohne ein mittel- und langfristiges Konzept gefährden nicht nur den Bestand der Osteuropaforschung sondern zerstören die so oft gepriesene Funktion des Landes Berlin als Ost-West-Kompetenzzentrum.

Ich würde mich freuen, in dieser Angelegenheit bald wieder von Ihnen zu hören und verbleibe mit freundlichen Grüßen

*Prof. Dr. Rita Süßmuth
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde
Präsidentin*

Brief von Klaus-Peter Willsch (MdB) an den Leiter des Osteuropa-Instituts Herrn Prof. Dr. Nikolai Genov

Sehr geehrter Herr Professor Genov,

ich wende mich an Sie als Beauftragter des Bundestages für die Beziehungen zum kroatischen Parlament bezüglich der geplanten Auflösung des Lehrstuhls für osteuropäisches Recht am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin. Da ich die in vielerlei Hinsicht erfolgreiche Arbeit Professor Roggemanns schon lange kenne, finde ich es äußerst bedauerlich, dass man sich anscheinend gegen eine Neubesetzung seines Lehrstuhls entschieden hat.

Professor Roggemann engagiert sich über die gewöhnlichen Aktivitäten seines Lehrstuhls hinaus in der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit zahlreichen Hochschulen, Wissenschaftlern und Institutionen aus den Ländern Ost- und Südosteuropas. Durch die Schließung des Lehrstuhls würde auch die Arbeit an diesen Projekten erheblich erschwert bis unmöglich. Die Schließung des Lehrstuhls würde die Position des gesamten Osteuropa-Instituts schwächen und seine Zukunft in Frage stellen.

Daher appelliere ich an Sie, die Entscheidung gegen die Neubesetzung des Lehrstuhls zu revidieren und die Schließung zu verhindern. Berlin als Dreh- und Angelpunkt zwischen West- und Osteuropa braucht diese Forschung dringend. Insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union muss sie als wichtiger Standortvorteil für unsere Hauptstadt gesehen werden.

Mit freundlichen Grüßen

*Klaus-Peter Willsch
Mitglied des Deutschen Bundestages
Beauftragter des Deutschen Bundestages für die Beziehungen zum kroatischen Parlament*

Brief von Hans-Hermann Lochen an den Präsidenten der FU Berlin, Herrn Univ.-Prof. Dr. Dieter Lenzen

Sehr geehrter Herr Präsident,

dem „Tagesspiegel“ vom 12. d.M. entnehme ich, dass die Professur für osteuropäisches Recht am Osteuropa-Institut der FU Berlin eingespart werden soll. Als früherer Mitarbeiter und Lehrbeauftragter der Abteilung Recht des Osteuropa-Instituts halte ich dies für völlig verfehlt: Mit dem EU-Beitritt acht ostmitteleuropäischer Staaten

wächst der Bedarf an Nachwuchskräften mit Kenntnissen der Rechtsordnungen dieser Länder. Die FU sollte sich aus diesem zukunftsträchtigen Bereich nicht zurückziehen.

Mit freundlichen Grüßen

*Hans-Hermann Lochen
Ministerialrat im Bundesministerium der Justiz*

Brief von RA Dr. Fischer an den Präsidenten der Freien FU Berlin, Herrn Univ.-Prof. Dr. Dieter Lenzen

*Sehr verehrter Herr Präsident,
sehr geehrter Herr Prof. Dr. Lenzen,*

mit Bestürzung habe ich erfahren müssen, daß das Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin gegen alle Zusicherungen und gegen die Empfehlungen der Gutachterkommission nunmehr doch weiteren massiven Sparmaßnahmen unterworfen werden soll. Dies soll namentlich die noch immer vakante rechtswissenschaftliche Professur betreffen, die nicht besetzt werden soll.

Während meiner Studienzeit, als studentischer und als akademischer Mitarbeiter am Arbeitsbereich Recht und Wirtschaft bei Prof. Dr. Herwig Roggemann habe ich die besondere Bedeutung des Osteuropa-Instituts erleben dürfen. Hier ist es bis zuletzt gelungen, wissenschaftlichen Anspruch mit dem Bestreben in Einklang zu bringen, der Praxis als effektiver Dienstleister zum Wohle des Wirtschaftsstandortes Berlin und darüber hinaus zu dienen. Noch heute stehen die Mitarbeiter des Osteuropa-Instituts der anwaltlichen Praxis in Fragen des osteuropäischen Rechts als kompetente Ansprechpartner zur Verfügung. Dies darf durch überzogene und existenzgefährdende Sparmaßnahmen nicht in Frage gestellt werden.

Als ehemaliger Absolvent und Doktorand des Osteuropa-Instituts wie als Mitglied der Berliner Anwaltschaft möchte ich Sie daher auch im Namen meiner Kollegen herzlich bitten, sich für den Erhalt eines angemessen ausgestatteten Osteuropa-Instituts einzusetzen. Das Institut hat in der Vergangenheit die von ihm geforderten Beiträge zur Konsolidierung des Universitäts- und des Berliner Haushalts mehr als erbracht. Seine Arbeitsfähigkeit darf nicht immer wieder in Frage gestellt werden.[...]

In diesem Sinne bin ich mit herzlichen Grüßen

Ihr Dr. Fischer, Rechtsanwalt

Auszug aus dem Brief von Herrn Prof. Dr. Roggemann an den Präsidenten der FU Berlin, Herrn Univ.-Prof. Dr. Dieter Lenzen

Sehr verehrter Herr Präsident!

Lieber Herr Lenzen!

....

Um unvermeidbaren Schaden von der Freien Universität abzuwenden und auch unter verschärften Sparzwängen zukunftsweisende Lösungen zu finden, erlaube ich mir die Anregung, die folgenden Gesichtspunkte in die Überlegungen einzubeziehen.

1. *Der Bereich Ost- und Südosteuropa ist ein politischer, wirtschaftlicher und damit auch wissenschaftlicher Zukunftsbereich für die Bundesrepublik Deutschland und schon jetzt einer ihrer wichtigsten Exportmärkte. Mit der 2004 bevorstehenden Osterweiterung der EU wird die Bedeutung des Bereiches Osteuropa weiter wachsen. (Ein vergleichbar unmittelbarer Bedeutungszuwachs ist für andere Regionen nicht gegeben). Wegen der wachsenden Nachfrage nach ausgebildeten Akademikern (insbesondere nach Juristen und Ökonomen) mit zusätzlichen Osteuropa-Qualifikationen haben die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft (BDI und DIHT) zusammen mit dem DAAD schon vor einiger Zeit die Initiative „Go-East“ ins Leben gerufen. Die Chancen von Absolventen der Universitäten mit zusätzlichen Osteuropa-Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt sind nachweislich signifikant besser als die ihrer Kollegen ohne solche Qualifikationen. Dies beweist der berufliche Lebensweg zahlreicher Absolventen und Doktoranden des OEI.*
2. *Das Osteuropa-Institut bietet als einziges Universitäts-Institut in Berlin-Brandenburg regelmäßige Lehrveranstaltungen zum Erwerb zusätzlicher Osteuropa-Qualifikationen (für Historiker, Juristen, Ökonomen, Politikwissenschaftler, Soziologen und Studierende anderer Fachrichtungen) und darüber hinaus entsprechende eigene Studiengänge an. Das Osteuropa-Institut der FU hat die größte auf Ost- und Südosteuropa bezogene Ausbildungsplatz- und Praktikantenbörse entwickelt und ist dafür vom Bundespräsidenten ausgezeichnet worden. Am Osteuropa-Institut erscheint mit dem „Berliner Osteuropa Info“ seit Jahren eine der anerkanntermaßen erfolgreichsten Institutszeitschriften der FU mit internationaler Ausstrahlung. Das Osteuropa-Institut wirbt seit Jahren im Vergleich mit anderen Instituten und Fachbereichen der FU überproportional viele Drittmittel ein und erfüllt dabei die Qualitätsstandards der deutschen Wissenschaftsförderung. Das Osteuropa-Institut hat ein Netzwerk internationaler Wissenschaftskooperation mit Osteuropa aufgebaut, das profilbildend für die FU wirkt.*
3. *Das Osteuropa-Institut hat angesichts neuer Arbeitsbedingungen und Sparzwänge bereits in den vergangenen Jahren eine tiefgreifende Neustrukturierung (in drei zeitgemäße Arbeitsbereiche) und eine damit verbundene Reduktion vorgenommen. Mit der Rückführung seiner Lehrkapazität von über zwanzig auf nun sechs Kernprofessuren (von denen zwei seit Jahren vakant sind) hat das Osteuropa-Institut bereits jetzt eine Sparleistung von mehr als 65 % und damit mehr als die meisten anderen Institute und Fachbereiche erbracht. Das Osteuropa-Institut ist in diesem Zusammenhang zweimal von externen Experten-Kommissionen evaluiert und in seiner Funktion und Grundausstattung bestätigt worden.*
4. *Kein Sparzwang kann an einer deutschen Universität ein Verfahren rechtfertigen, in dem ein Bewerber auf eine öffentlich ausgeschriebene Stelle (für die rechtswissenschaftliche Professur Osteuropa) nach fachlich und persönlich allseits überzeugenden Vorgesprächen und Begutachtungen einstimmig den Vorzug für die Berufungsliste erhält und fast zeitgleich oder unmittelbar anschließend von einzelnen Kommissionsmitgliedern beschlossen wird, diese Professur nicht wieder zu besetzen. Ebenso wenig sollte ein Kuratoriumsbeschluss Bestand haben, der auf offensichtlichen Fehlinformationen über (nicht erfolgte) Informationen oder Zustimmung seitens des betroffenen Osteuropa-Instituts beruht. Mit der geplanten Streichung der Rechtsprofessur würde nicht nur ein mehrfache, begründete Empfehlung auswärtiger Gutachter missachtet, sondern langfristig auch dem Arbeitsbereich Recht und Wirtschaft und damit einem wesentlichen Teil des Osteuropa-Instituts definitiv die Grundlage entzogen. Diese Maßnahme würde mit der vorgeschlagenen Einsparung einer Stelle, die dem Fachbereich Rechtswissenschaft nur im Verbund mit dem Osteuropa-Institut, d.h. funktional allenfalls zur Hälfte zur Verfügung steht, einen Schaden verursachen, der über diesen Einsparungseffekt weit hinaus geht.*
5. *Da es nicht Sache eines Fachbereiches sein kann, über Bestand oder Wegfall profilbildende Forschungs- und Lehrschwerpunkte an der FU und damit letztlich über den erfolgreichen Fortbestand von Zentralinstituten zu entscheiden, ist die Universitätsleitung aufgerufen, gemeinsam mit dem Osteuropa-Institut und dem Fachbereich Rechtswissenschaft nach einer tragfähigen, d.h. zukunftsfähigen Lösung zu suchen. Diese könnte in einer partiellen universitätsinternen Kompensation zugunsten des Fachbereiches für den Fall der Wiederbesetzung der Rechtsprofessur des Osteuropa-Instituts bestehen. Sollte sich dies als ausgeschlossen erweisen, so bliebe immerhin die Über-*

gangslösung einer Junior- oder Stiftungsprofessur Recht am Osteuropa-Institut ernsthaft zu prüfen, um dessen Arbeitsfähigkeit in einem seiner Kernbereiche weiterhin zu erhalten.

Mit besten Grüßen und Wünschen

Prof. Dr. Roggemann

Zentrum für deutsches, kroatisches, europäisches Recht und Rechtsvergleichung Split/Berlin

Brief von Barbara Gäßner an den Präsidenten der FU Berlin, Herrn Univ.-Prof. Dr. Dieter Lenzen

Sehr geehrter Herr Prof. Lenzen,

als Absolventin des Osteuropa-Instituts und Doktorandin von Prof. Roggemann möchte ich mich mit der Bitte an Sie wenden, nicht die Einsparung sondern die seit langem fällige Wiederbesetzung der Professur Recht am Osteuropa-Institut zu veranlassen. Mit einer Reduktion von Anfangs über 20 auf gegenwärtig 6 Kernprofessuren, d.h. um mehr als Zweidritteln hat das Osteuropa-Institut bereits mehr Sparleistungen als die meisten anderen Institute der FU erbracht.

Dies, obwohl das Osteuropa-Institut bereits jetzt eine unentbehrliche Funktion hat, die noch weiter wachsen wird,

wenn die Aufgabe besteht, die osteuropäischen Beitrittsländer in die Europäische Union zu integrieren. Zudem ist Osteuropa bereits jetzt ein großer Exportmarkt für Deutschland. Hierbei sind gerade die Arbeitsgebiete Recht und Wirtschaft in Osteuropa, auf die sich die eingesparte Stelle bezieht, unverzichtbar.

Meinen eigenen Berufseinstieg bei einem der wichtigsten deutschen Handelspartner der Russischen Föderation verdanke ich maßgeblich meiner umfassenden Ausbildung an der FU sowie am Osteuropa-Institut, wo die Kombination von einem traditionellen Studiengang auf Diplom oder Staatsexamen mit einem Magisterabschluss in Osteuropastudien möglich ist. Bei meiner Tätigkeit in der Wirtschaft ist immer wieder festzustellen, dass es zu wenige Experten gibt, die nicht nur über Sprachkenntnisse verfügen sondern auch Kenntnisse über die Inhalte von Recht und Wirtschaft, einschließlich kulturellen Hintergründen haben. Beides, Sprache und Inhalt, wird am Osteuropa-Institut vermittelt. Die Notwendigkeit einer entsprechenden Ausbildung unterstreicht die Go-East-Initiative des DAAD in Kooperation mit den Spitzenverbänden der deutschen Industrie.

Vor diesem Hintergrund möchte ich an Sie appellieren, von der Kürzung der Stelle abzusehen und die seit Jahren ausstehende Wiederbesetzung bald vorzunehmen.

Hochachtungsvoll

Barbara Gäßner, ruhrgas AG